

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Ausstreicher, Tüncher und Weißbinder

Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal bei freier Befreiung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 86, Alster-Lerzasse Nr. 10. Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598

Nürnberg.

II.

In der sich anschließenden, eingehenden Debatte wurden der großen Mehrzahl der Delegierten gegen die Geschäftsführung des Vorstandes und der Redaktion unserer Zeitschrift keine prinzipiellen Einwände erhoben; die Einwendungen von den wenigen Vertretern der Opposition, übrigens in sachlicher Form vorgetragen wurden, fanden keine Zustimmung; ganz besonders fand die einseitige Ablehnung gegen den Reichstaxtarifvertrag allgemeine Ablehnung. Nachdem 24 Redner zu den Geschäftsberichten gesprochen hatten, wurde die Aussprache durch Annahme eines Schlußantrages beendet. Kollege Mehnert konnte einen Ausführungen über die Jugendbewegung hervorheben, daß unsere Lehrlingsabteilung einen erfreulichen Fortschritt gemacht hat; über 8400 Jungkollegen sind heute in die Vereine eingetreten. Aber es bleibt noch viel zu tun übrig, denn noch in 40 Filialen noch Jugendabteilungen. Nach den Schlußworten der Berichterstatter gelangten die zum Punkt gestellten Anträge nach dem Vorschlage der Referatskommission zur Annahme. Dem Vorstande und Schriftleitung wurde gegen wenige Stimmen Entlastung ausgesprochen. Nachstehende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

Entschlüsse zum Berufsausbildungsgesetz.

Der jetzt vorliegende Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes entspricht in keiner Weise den berechtigten Forderungen unseres Verbandes und der Gewerkschaften. Denn auch die Errichtung paritätisch zusammengesetzter Ausschüsse, in denen die Angelegenheiten der Jugendlichen von 14 bis zu 18 Jahren und der Lehrlinge beraten werden sollen, einen Fortschritt darstellt, so ist doch deren Eingliederung an die Handwerks-, Industrie- und Handelskammern als einseitige Arbeitgebereinrichtungen abzuweisen. Nur wenn die paritätisch zusammengesetzten Ausschüsse selbst die Träger der im Gesetz vorgesehenen Organisationen werden, ist eine ersprießliche Arbeit für Jugendliche und Lehrlinge zu erwarten.

Die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes würde auch keine wesentliche Aenderung des bisherigen Standes bedeuten, weil in ihm nur an einigen Stellen Verpflichtungen zur positiven Arbeit festgelegt sind. Bei Einstellung der Unternehmer, besonders auch der Gewerkschaftsvertreter, muß damit gerechnet werden, daß sie den Fortschritt auf dem Gebiete des Lehrlingswesens durch den schärfsten Widerstand entgegensehen. Wo es anging ist, sind darum die Kann- in Mustervorschriften zu wandeln; darüber hinaus muß für die Fälle, in denen eine Einigung in den Ausschüssen nicht zustande kommt, eine Instanz endgültig entscheiden. Viel mehr im Gesetzentwurf vorgesehen ist, sind die beiderseitigen wirtschaftlichen Organisationen zur Mitwirkung heranzuziehen.

Kann man grundsätzlich zustimmen, daß alle Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren durch das Gesetz erfasst werden sollen, so findet man für die vorgesehenen Ausnahmen keine genügende Begründung. Unannehmbar für die Gewerkschaften auch die Bestimmungen über die Dauer der Lehrzeit, die vom Lehrling zu leistende Arbeit und andere. Wir vermessen in dem Gesetz die Regelung der Urlaubszeit für die Jugendlichen Lehrlinge und die zwingende Bestimmung für die Zahlung der in die Arbeitszeit fallenden Berufsurlaubstunden.

Der größte Mangel des Entwurfes aber ist, daß die Regelung des Lehrlingswesens durch Tarifverträge, die zu ändern vorangehen sollte, an keiner Stelle erwähnt, durch Annahme des Entwurfes praktisch unmöglich wird. Darum beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, zusammen mit den anderen gewerkschaftlichen Organisationen und dem ADGB, mit allem Nachdruck auf eine Aenderung des Gesetzentwurfes nach den Forderungen der Gewerkschaften hinzuwirken.

Entschlüsse zur Verschmelzungsfrage.

Die 20. Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer usw. Deutschlands nimmt Kenntnis von dem Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskongresses zur Frage der Organisationsform. Sie billigt aber auch unter Hinweis auf den Beschluß der letzten Verbandsgeneralversammlung in Dresden die Stellungnahme ihrer Vertreter gegen den Versuch, das Selbstbestimmungsrecht des bestehenden Verbandes über die ihnen am geeignetsten erscheinende Form ihrer Organisation anzutasten.

Nach den Schlägen der Kriegs- und Inflationszeit, bei der seit Jahren bestehenden Wirtschaftskrise und der ungünstigen Lage des von einem fleißigen Umstellungsprozeß schwer erschütterten Maler- und Lackierergewerbes, mußte der erstrebte vollständige Aufbau auch unseres Verbandes großen Schwierigkeiten begegnen. Dieser Aufbau muß aber erst beendet und die von unserm Verband zu lösenden besonderen Aufgaben auf dem Gebiete der berufstechnischen, betriebswirtschaftlichen und kunstgewerblichen Fort- und Durchbildung der im Maler- und Lackierergewerbe tätigen Arbeiterschaft muß erst bewältigt werden, bevor ein Verzicht auf unsere organisatorische Selbständigkeit nützlich und zweckmäßig sein könnte.

Daher ist vorläufig eine erneute Aufnahme des Streites um eine andere Form unserer Organisation abzulehnen, wobei die Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Einrichtungen der im ADGB. zusammengeschlossenen Organisationen und die Wahrnehmung der Gesamtinteressen der Arbeiterschaft durch den ADGB., die gleichbedeutend mit den Interessen des größten Teiles des deutschen Volkes sind, auch weiter in jeder Hinsicht tatkräftigst von unserm Verbands unterstüßt werden.

Das Referat des Genossen Robert Schmidt über: Die allgemeine Wirtschaftslage und die Gewerkschaftsbewegung wurde mit großem Interesse von dem Verbandstag entgegengenommen, ebenso das des Kollegen Streine über den Stand und die Zukunft des Maler- und Lackierergewerbes. Es ist nicht möglich, diese inhaltreichen, großzügigen Referate mit kurzen Auszügen zu würdigen, sie müssen in ihrem vollen Aufbau von der gesamten Kollegenschaft gelesen werden. Da die Vorträge in aller Kürze stenographisch veröffentlicht werden, wird auch dem Wunsche der Generalversammlung entsprochen.

Auch die Ausführungen des Kollegen Schwabe über die Verhältnisse im Lackierergewerbe, über die wirtschaftliche und technische Entwicklung in den einzelnen Sparten der Lackiererei wurden beifällig von den Delegierten aufgenommen.

Die von den Referenten unterbreitete, nachstehende Entschlüsse gelangte einstimmig zur Annahme.

Entschlüsse zu Punkt 3 und 4.

Die privatkapitalistische Wirtschaft nach dem Weltkriege, begünstigt durch die Fortschritte der Technik und die Anwendung rationeller Betriebsführung, hat zum Zusammenschluß großer Wirtschaftszweige, zu mächtigen Konzernen und Trusts geführt. Dies fördert eine Entwicklung der Kapitalmacht, die die größte Aufmerksamkeit der Gewerkschaften erfordert. Das Großunternehmertum versucht vor allem, seinen politischen Einfluß auf den Staat immer mehr zu erweitern und das Einwirken der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen auf die Gesetzgebung, auf den Produktionsprozeß und die Wirtschaftsführung zurückzudrängen. Das zeigt sich an dem Kampfe des Unternehmertums gegen jede Erweiterung des Arbeiterschutzes und den Ausbau der Sozialversicherung, gegen die Bindung tariflicher Regelung der Arbeitsbedingungen im Schlichtungsverfahren und an einer allem sozialen Fortschritt feindlichen Stimmung, die besonders beim Arbeitszeitgesetz in Erscheinung trat.

Die schwere Wirtschaftskrise, von der Deutschland in den letzten Jahren ergriffen wurde, hat auf die Arbeiterklasse einen unerträglichen Druck ausgeübt. Umfangreiche,

mehrt lang andauernde Arbeitslosigkeit, die zudem ein Dauerzustand zu werden droht, stürzte bei gleichzeitiger Erhöhung der Kosten für die Lebenshaltung zahlreiche Familien in Not und Elend.

Die Arbeiterschaft bedarf deshalb heute mehr denn je des Schutzes der sozialen Gesetzgebung, auch in den noch größtenteils handwerksmäßigen Betrieben. Denn auch an diesen sind die schlimmen Wirkungen des Emporkommens großkapitalistischer, ihrem Wesen nach reaktionärer Interessengruppen nicht spurlos vorübergegangen.

So leidet vor allem die Arbeiterschaft des Maler- und Lackierergewerbes nicht minder unter den verderblichen Wirkungen, die die gesteigerte Kapitalmacht auf die Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft ausübt. Auch im Maler- und Lackierergewerbe gewinnt die technische Entwicklung und die Rationalisierung des Arbeitsprozesses an Boden, trotzdem hier statt zunehmender Konzentration der Betriebe das Kleinunternehmertum (auf Kosten der Groß- und Mittelbetriebe) riesenhaft anwächst. Die Zunahme der Lehrlingshaltung und ungelerner Hilfsarbeiter bergen weitere Gefahren, die durch die große Unbeständigkeit der Arbeitsverhältnisse, durch den herrschenden Mangel an Arbeitsaufträgen infolge des geringen Wohnungswechsels und der dadurch verursachten Verwahrlosung der Altmwohnungen, der Vernachlässigung öffentlicher Gebäude usw. noch gesteigert werden. Dazu kommen vermehrte Gesundheitsgefahren durch Verwendung schädlicher Betriebsstoffe, Berufsunfälle und andere nachteilige Einflüsse mehr.

So fordert denn die 20. Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer usw. Deutschlands unter anderem folgendes:

1. Vollständige Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Sachverwalter der Arbeitskraft in der Wirtschaft und in den Betrieben und die Erweiterung der Rechte der Betriebsvertretungen.
2. Weitestgehende Arbeitslosenfürsorge durch ausreichende Unterstützung und Arbeitsbeschaffung, sowohl durch gesteigerten Wohnungsbau, als auch durch gründlichste Ueberholung der größtenteils höchst störrischen und gesundheitliche Gefahren bergenden Altmwohnungen, wenn notwendig mit Hilfe öffentlicher Mittel, sowie die restlose Verwendung der Hauszinssteuer für die Wohnungswirtschaft.
3. Vermehrter Gesundheits- und Unfallschutz und den Ausbau der Arbeiterversicherungsgeetze.
4. Sicherung des Achtstundentages durch ein Gesetz, das nicht durch zahlreiche Ausnahmen über den dringenden Bedarf hinaus zum Mehrstundentag führt, ferner die Ablehnung des Versuches, das Malergewerbe unter Ausnahmemaßregeln zu stellen, durch die die achtstündige Arbeitszeit in den Sommermonaten verlängert werden soll.
5. Gesetzlichen Jugendschutz und tarifliche Regelung der Lehrlingsverhältnisse.

Die mit den Arbeitgeberorganisationen des Malergewerbes vereinbarten Richtlinien, die unter anderem Vorschriften enthalten über die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, über die Verteilung der vorliegenden Arbeiten auf alle Zeiten des Jahres, besonders auch durch eine gesteigerte Werbefähigkeit, für die vermehrte Verwendung von Lacken und Farben, über die Förderung höherer kunstgewerblicher Ansprüche an das Malergewerbe und die besondere Ausbildung eines allen Anforderungen in körperlicher und geistiger Hinsicht gewachsenen Nachwuchses, über die Hebung der fachlichen Leistungsfähigkeit der Lehrlinge und Gehilfen, über die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz, über die Verallgemeinerung der Arbeitsvermittlung und über die gewissenhafte Durchführung der bestehenden Tarifverträge, sind konsequent weiterzubilden und praktisch durchzuführen.

Die Beratung der übrigen Anträge brachte keine besondere Aenderung des geltenden Statuts, nachdem alle dahin zielenden Anträge, wie die Abschaffung aller Unterstützungsvereine, ausgenommen die Streik- und Gewerkschaftenunterstützung, abgelehnt worden waren. Aber auch diejenigen Anträge, die eine Erweiterung des Unterstützungswezens befürworteten, fanden keine Mehrheit; sie wurden, wie eine Reihe weiterer Anträge, dem Verbandsvorstande überwiesen respektive abgelehnt. Auch die Beschwerde der von der Filiale Hamburg ausgeschlossenen Mitglieder gelangte zur Ablehnung.

Alle bisherigen Funktionäre wurden wiedergewählt, die selbsterwählten Bezirksleiter neu bestelligt. Als Delegierte zu dem 1928 in Hamburg tagenden Gewerkschaftskongress bestimmte die Generalversammlung die Kollegen Streine, Mark und Buch, als Stellvertreter Kollegen Streine, Mark und Buch, als Stellvertreter. Folgende Filialen haben die Verbandsmitglieder und Stellvertreter zu wählen:

Nr.	Filiale	Stellvertreter
1	Berlin u. Königsberg	Berlin u. Kottbus
2	Wiesbaden u. Coblenz	Saarbrücken u. Friedberg
3	Hamburg u. Hildesheim	Göttingen u. Rostock
4	Quisburg u. Herford	Düsseldorf u. Dortmund
5	Leipzig u. Magdeburg	Leipzig u. Magdeburg
6	Stuttgart u. Lörrach	Heilbronn u. Kaiserslautern
7	München u. Nürnberg	München u. Nürnberg

Vor Schluß der Tagung gab der Vertreter des DGB, Genosse Sabath, einen mit Beifall aufgenommenen Rückblick auf die Entwicklung des Malerverbandes seit 1894, wo er zum erstenmal als Vertreter der Generalkommission der in Nordhausen tagenden Generalversammlung beizugewohnt. Er wies auf die seit dieser Zeit gemachten Fortschritte hin, auf die jeder Verbandskollege stolz sein könne. Kollege Kompas-Wien richtete im Namen aller ausländischen Kollegen Worte des Abschieds, aber auch Worte voller Anerkennung über das vom deutschen Bruderverband Erreichte an die Delegierten und wünschte, daß auch die Beschlüsse dieses Verbandstages zum weiteren Gedeihen des Verbandes beitragen mögen.

Kollege Streine kennzeichnete in kurzen Zügen die wichtigsten Punkte dieser Tagung, die, wie auch die beiden vorhergehenden, einen guten Verlauf genommen habe. Mögen die Kollegen das Gesamtergebnis überall von großen Gesichtspunkten aus beurteilen und mitarbeiten für ein einiges geschlossenes Vorgehen im Interesse unserer Organisation und ihrer Mitglieder. Mit einem Hoch auf den Verband schloß er die 20. Generalversammlung.

Die Invalidenversicherung und die soziale Lage der Arbeiterschaft.

Mit der Stabilisierung der deutschen Währung haben sich die Versicherungsanstalten wieder in steigendem Maße der vorbeugenden Fürsorge der Versicherten zugewendet, um den Eintritt vorzeitiger Invalidität zu verhüten. Hierzu wurden sie nicht nur durch allgemeine soziale Erwägungen, sondern vor allem durch den Umstand veranlaßt, daß die

Anforderungen auf Gewährung von Invalidenrenten in steigendem Maße sich geltend machen. Diese Zunahme ist sehr erheblich und um so auffälliger, als die Zahl der Versicherten keine nennenswerte Vermehrung erfahren hat. Seit Jahren wird sie mit rund 17 Millionen angenommen. Demgegenüber ist von 1913 bis 1925 die Zahl der Empfänger von Invaliden- und Krankrenten von 1,1 auf 1,7 Millionen, von Witwen- und Waisenrenten von 12 000 auf 280 500 und von Waisenrenten von 37 800 auf 549 100 gestiegen.

Die Zunahme der Witwen- und Waisenrenten erklärt sich zwanglos aus der großen Zahl der Kriegswitwen und -waisen. Nicht so nahe liegt die Erklärung für die Zunahme der Invalidenrenten. Daß hier die von den Gegnern der Sozialversicherung mit Vorliebe behauptete Rentenlucht in Betracht kommt, kann bei den eng und scharf begrenzten Voraussetzungen für die Gewährung der Invalidenrente als ausgeschlossen angesehen werden. Wird doch die Invalidenrente nur gewährt, wenn der Versicherte den Nachweis erbringt, daß er dauernd zu mehr als zwei Dritteln in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt ist. Auch der Umstand, daß am 1. Januar 1923 die Altersrente in Wegfall kam und an ihre Stelle als neuer Versicherungsfall die Vollendung des 65. Lebensjahres für die Invalidenrente trat, reicht nicht aus, um die Tatsache zu erklären, daß seit 1913 die Zahl der Invalidenrenten um rund 65% zunahm und insbesondere die Rentenbewilligungen an Personen zwischen 45 bis 64 Jahren in fortgesetztem starken Steigen begriffen sind. Die Ursache kann nur darin liegen, daß sich die sozialen Verhältnisse der Versicherten seit 1913 beträchtlich verschlechtert haben und in dem frühzeitigen Verfall ihrer Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit zum Ausdruck gelangen.

Von den Unternehmern wird — wie ihre Angriffe gegen die sozialen Lasten beweisen — eine solche Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter bestritten. Sie berufen sich dafür auf das Steigen der Löhne. Dem steht jedoch gegenüber, daß die Löhne nicht allgemein in gleicher Weise gestiegen sind und es heute noch weite Arbeiterkreise gibt, deren Lohnverhältnisse, gemessen an den Löhnen und Preisen vor dem Krieg, den Friedensstand noch nicht erreicht haben. Damit ist ganz selbstverständlich eine Herabdrückung ihrer sozialen Lage sowie ihrer Lebenshaltung verbunden, die sich in einer Verschlechterung ihres Ernährungs- und gleichzeitig ihres Gesundheitsstandes bemerkbar macht. Das geht auch aus den Berichten der Invalidenversicherungsanstalten hervor, die im Jahre 1925 um rund 37% mehr Versicherte in Heilbehandlung nehmen mußten als im Jahre 1913 sowie, daß von den 210 478 insgesamt behandelten nicht weniger als 28,27% an Tuberkulose behandelt wurden.

Es ist allgemein bekannt, daß die Tuberkulose eine Krankheit ist, die besonders in den untern Volksschichten grassiert. Ihre Ursache beruht vorwiegend in den dort herrschenden ungesunden Ernährungs- und Wohnungsverhältnissen. Man bezeichnet sie deshalb durchaus zurecht als Elendsseuche. Ferner ist bekannt, daß die Tuberkulose in den Nachkriegsjahren eine starke Zunahme erfuhr und besonders in den Jahren von 1915 bis 1918 eine sehr erhebliche Steigerung der Sterblichkeit hervorrief. Diese ist infolge der Verbesserung der Ernährung sowie der hygienischen Verhältnisse inzwischen zurückgegangen. Während zum Beispiel im Jahre 1900 in Deutschland 122 048 Menschen an Tuberkulose starben, waren es 1924 nur noch 75 000. Nicht im gleichen Umfange ging die Erkrankungshäufigkeit zurück. Diese ist noch immer außerordentlich hoch und diese Tatsache genügt vollständig, nicht nur die Zunahme der Invalidenrenten, sondern auch das sich dahinter verbergende soziale Elend der arbeitenden Volksschichten zu beweisen.

Nach den beim deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose eingegangenen Jahresberichten von im

ganzen 1325 deutschen Tuberkulosefürsorgestellen wurden diese im Jahre 1925/26 von 423 884 Personen in Anspruch genommen. Diese Zahl ist wesentlich höher als im Vorjahre. Unter den sich Meldenden befanden sich 175 733, bei denen erfreulicherweise keine Tuberkulose festgestellt werden konnte. Von den übrigen 248 151 tuberkulosekranken Personen litten 56 766 an offener Tuberkulose. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Tuberkulosefürsorgestellen ist die Sanierungsarbeit in den Wohnungen der Offentuberkulose. Dazu gehört, daß jeder an Tuberkulose ansteckend Erkrankte ein eigenes Bett haben muß. Die Erfüllung dieser hygienischen selbstverständlichen Forderung stößt dagegen nach den vorliegenden Berichten auf die größten Schwierigkeiten. Festgestellt wurde, daß von den Offentuberkulosen weniger als 17 828, also fast ein Drittel, ihr eigenes Bett besitzen, sondern mit andern Personen zusammenwohnen.

Wenn das schon bei den Offentuberkulosen der Fall ist, die den Fürsorgestellen bekannt sind und von ihnen betreut werden, wie mag es erst bei den Kranken sein, die nicht ermittelt und häufig über den Charakter ihres ansteckenden Leidens nicht aufgeklärt sind! Die Fürsorgestellen haben in allen ihnen bekanntgewordenen Fällen Hilfe zu schaffen versucht. Oftmals aber scheiterte das Aufstellen eines Bettes durch die Fürsorgestellen an Mangel an Platz. Davon, daß ein Offentuberkulose in einem eigenen Zimmer für sich wohnen muß, ist nach den Berichten meist nicht zu denken. Von den 56 766 Offentuberkulosen hatten nur 17 364 ein eigenes Schlafzimmer, das heißt mehr als zwei Drittel mußten das Zimmer, davon 17 828 noch das Bett mit ihren Angehörigen teilen. Auf diese Weise wird durch das katastrophale Wohnelend in Verbindung mit unzureichender Ernährung, Mangel an Reinlichkeit und Außerachtlassung elementarster hygienischer Vorbeugungsmaßnahmen Tuberkulose immer von neuem auf die Angehörigen namentlich aber auf die Kleinkinder, weiter verbreitet.

Was hier von dem deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose festgestellt wird, beschränkt natürlich nicht nur auf die Offentuberkulosen. Die gleichen Mängel treten auch bei an andern Leiden erkrankten Personen auf; sie sind nahezu allgemein. So wird zum Beispiel in der Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1925 allein aus 12 preussischen Regierungsbezirken darüber geklagt, daß häufig mehrere Personen und oft ältere Geschwister verschiedenen Geschlechtern auf eine gemeinsame Schlafstelle angewiesen sind. Wie reich derartige Fälle sind, ergibt die 1925 in Berlin gefundene Wohnungszählung, bei der 400 000 Wohnstätten mit nur einem Zimmer festgestellt wurden, das zugleich Wohn-, Schlaf-, Ess- und Arbeitsraum dienen mußte. Zwischen ist es nicht besser geworden; denn trotz aller Wohnbauten hat die Wohnungsnot nicht abgenommen.

Die Berichte der Versicherungsanstalten liefern Nachweis, daß diese Zustände, die ein erschreckendes soziales Elend verraten, auf die gesundheitlichen Verhältnisse arbeitenden Bevölkerung einen geradezu verhängnisvollen Einfluß ausüben. Hiernach müssen die sozialen Lasten nicht weit in sozialer Hinsicht zu viel, sondern zu gering sein! Bei ungenügender Entlohnung und folgender unzureichender Ernährung, bei Wohnungsverhältnissen, die in zahlreichen Fällen allen hygienischen Anforderungen widersprechen, müssen die Arbeiter mit Familien leichter als es sonst geschehen könnte, gesundheitlichen Einflüssen erliegen. Das Ende ist frühe Siedehitze, Verlust der Arbeitskraft und dauernde Invalidität. Diese Zustände schreien nach Abhilfe, die, unbeirrt von Geizet der Unternehmer über die hohen Löhne der Arbeiter und das Steigen der sozialen Lasten, mit Kräften angestrebt werden muß.

Vom 26. Juni bis 2. Juli ist die 26. Beitrags

Karl Scheffler.

Erste Theatererlebnisse.*

Die ersten Theatererlebnisse sah Johann in einem wandernden Wachsfigurentheater, das jeden Winter in das Dorf kam und in einem Tanzlokal spielte. Die Wachsfiguren waren fast lebensgroß und wurden von einem Schnürboden aus an Drähten dirigiert. Es wurden nur wenige Stücke gegeben. Zuerst beschwor Faust die Teufel und wählte sich den schnellsten aus. Dann kam die Geschichte der Genoveva. Und den Beschluß machte eine groteske Diebesjagd. Die mittelalterlichen Mythen können von einer gläubigen Menge nicht atemloser und mit schauerlich süßem Gefühl genossen werden sein, wie Johann diese Puppenkomödien ansah, inmitten eines aus Kindern, Knechten und Dienstmädchen bestehenden Publikums dastehend. In dem willenlosen Schlenkern der Beine beim Gehen, in dem Hüpfen und Schweben, in dem starren Gesichtsausdruck der Puppen lag etwas Unheimliches und Drohendes. Alle Schauer der Tragödie fühlte er, wenn sich die rührende Geschichte der Genoveva entwickelte und die Schurkerei Golos Unheil anrichtete. Nie hat das Theater später diese ersten Eindrücke eigentlich überbieten können, nie haben lebendige Schauspieler ihn tiefer ergriffen als diese Puppen mit ihren unwirklichen Bewegungen; nie hat die Stimmung der Bühne ihn tiefer berührt als in diesem ganz primitiven Wanderschauspiel. Johann brachte später nur zu wollen, und er hatte gleich wieder den alten, schlecht erleuchteten Tanzsaal vor Augen, der aus der Dialekt eines Bauerhauses entstanden war, an dessen einem Ende auf wackeligen Bänken ein spärliches Publikum saß und in dessen Dämmerung die Bühnenvorgänge ganz geisterhaft wirkten. Es war wirklich, als wäre die Zeit stehen geblieben, als wären mittelalterliche Menschen versammelt,

um der Darstellung einer Volksfabel zuzusehen; mit Johann schien das ganze Publikum, schien die marionettenhafte Darstellung und das hohl vom Schnürboden herabfallende Wortpathos jung zu sein und noch tief im Kindesalter der ersten Lebensverwunderung zu stecken.

Das nächste große Theatererlebnis hatte Johann an jenem schon erwähnten Winterabend, als die Eltern ihn zum erstenmal mit ins Stadttheater nahmen. Eigentlich hätte schon der Blick des großen, festlich erleuchteten Theaterraumes oben vom Rang herab genügt. Die vielen festlich gestimmten Menschen, ihr Durcheinandersprechen, das Klappern der Sitze, dazu der hundertkertzige Glanz des Kronleuchters, die reich bemalte, goldverzierte Decke, das Wunder der Rangarchitektur, der mit einem Gemälde geschmückte große Vorhang, und dazu das erregende, auf unerhörte Herrlichkeiten vorbereitende Stimmen und Probieren im Orchester. Die Geiger und Flötenpieler führen geschwind die Zelteiler hinauf und hinab, die Violoncellisten und Bassisten brummen mit tieferen Tönen dazwischen, der Paukenschläger zog die Schrauben an und probierte leise den Ton, der Oboist drang mit seinen Tönen durch den Tumult und gab das A, und gleich fielen alle Instrumente ein, warfen sich auf den Ton und seine Quin-tenklänge, um dann wieder in höhere Regionen kunstvoll hinaufzuklettern oder im tiefsten Bass zu murren. Dann kam der Dirigent, es wurde still, die Overtüre begann mit einem jubelnden Aufrauschen aller Instrumente, und es war, als wäre das, was tief verborgen, ungekannt noch in der Seele lag, plötzlich zur strahlendsten Wirklichkeit geworden.

Zuerst wurde ein Weihnachtsmärchen gegeben. Mit großem Theaterapparat, mit Feen, Zaubern, Donner, Blitz, Versenkungen und wirklichem Regen. Zwei Waisenkinder beschloßen, in die weiße Welt zu gehen; als sie vom Grabe der Mutter Abschied nahmen und dort einschließen, stieg der Geist der Verstorbenen in blau schimmerndem Lichte hinter dem Grabhügel auf und segnete die Kinder. Dann kamen volkreiche Städte, hohe Säulenhallen mit einer festlich gepuhten, tanzenden Menge, ein grausamer König wurde von einem armen Besenbinder bestraft, indem dieser mit einem Wort aus allen Kullissen prägelnde Besen hervorzauberte. Am Ende wurde die Jugend belohnt, und unter dem freudigen Getöse des Orchesters gab es eine Apotheose. Damit war der Abend aber noch nicht zu Ende. Auch die Erwachsenen sollten auf ihre Kosten kommen; es

folgte eine Oper, und da die Kinder allein nicht nachgeschickt werden konnten, durften sie dableiben. Jenseitig auf, vor einem Hintergrund von Palastarchitektur, sang sein trauriges Jugendgeschick. Dann kamen Brüder mit alttestamentarisch strengen Gesichtern. Und Ende erschien der hübsche Benjamin, dem von allen schmeichelt wurde. Die Begebenheiten zogen dem unverständlich vorüber, die Musik rauschte bald nun am Ohr vorbei. Es war zuviel, um es aufzunehmen. Sinne waren wie betäubt; es blieb nur die Stimmungs Ganzes. Diese Stimmung aber wirkte bis in die des Lebensgefühls und befestigte eine zweite höhere

Dieser Besuch des Weihnachtsmärchens im theater fand nur einmal im Jahre in den Weihnachtstagen statt; er gehörte zu den Festgeschenken und fiel nur wenn die Kinder für ein schlechtes Schulzeugnis bestraft werden sollten. Da auch die Kameraden vom Stadttheater die Vorstellung besuchten, kann man sich denken, daß Ereignis jedesmal vorher besprochen und nachher erwidert wurde. Jede Szene wurde wieder durchgenommen. Schauspieler gelobt, jede Dekoration bewundert. Die Kinder blieben beim fatlosen Bewundern nicht stehen, den Theaterbesuchern entstand der Entschluß, selbst die Spiele zu veranstalten. Es gab damals schmale, Bücher mit Texten für Puppenspiele in den Papieren zu kaufen. Diese wurden nun erworben, wurden die dazu gehörigen Bilderbogen gekauft, wurden die guren und Requisiten wurden mit der Schere ausgeklippt auf Pappe geklebt, unten mit einem Holzklößchen damit sie stehen konnten, und an lange Fäden gebunden.

Eine Bühne mit Vorhang, mit Kullissen und gründen für mehrere Stücke besaßen die Schenke Krämers. Diese Bühne wurde auf einem Tisch auf in eine Türöffnung gedrückt und der oben und unten Türraum wurde mit Stoff verkleidet, so daß das gezeugene Vorhang nichts zu sehen war als die Szene. Das Warenlager des Krämers gab die Werkzeuge und Hilfsmittel her, das Bundpapier und grüne Gelatine, die bei Sonnenuntergängen und schein vor die Lichter in den Kullissen gestellt wurden diese Lichter selbst. In den Zuschauerraum wurden und Bänke gestellt, Ankündigungen wurden gegeben und die Knaben zogen während des ganzen Dorfes umher, um Kinder für die Vorstellung zu gewinnen.

* Wir entnehmen den hier zum Abdruck gebrachten Abschnitt dem Buchen im Insel-Verlag zu Leipzig erscheinenden Buche *Die Jugendzeit* von Karl Scheffler, das den als *Lebensgeschichte* und *Erlebnisse* hochangesehenen Verfasser in einem ganz neuen Lichte zeigt. Das packend geschriebene, empfindenswerte Buch, die Lebensgeschichte eines jungen Handwerkers, der sich in vielfach geheimer Selbsterziehung zu einem geistigen Arbeiter entwickelte, wird ganz besonders auch unsere Leser interessieren, da Karl Scheffler, dessen Vater Maler war, ebenfalls das Malerhandwerk erlernt hat.

Der sittliche Wert der Unorganisierten.

Das Institut für angewandte Soziologie hatte kürzlich eine Rundfrage erlassen, aus welchem Grunde die gewerkschaftlichen Organisationen von einzelnen Arbeitern abgelehnt werden. Ueber die Antworten ist noch nicht viel in Oeffentlichkeit gedrungen. Aber in der Nummer 131 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ wird die angebliche Antwort von vier Arbeitern aus Bochum abgedruckt. Es ist natürlich nicht zu kontrollieren, ob die besagten vier Arbeiter, deren Namen nicht mitgeteilt werden, tatsächlich die Verfasser dieser 156 Druckzeilen langen Antwort sind. Der Inhalt und die Ausdrucksweise deutet vielmehr darauf hin, hier sogenannte „gebildete“ Unternehmerröhllinge ihre Hand im Spiele haben. Doch sei dem, wie ihm wolle. Einige Bemerkungen wollen wir aus diesem Geschreibsel herausheben. Es heißt dort:

„Dass die Organisierten den andern moralisch weit überlegen, entspringt wohl nur einem gewerkschaftlichen Hirne der Sucht nach Macht, was wohl zu verstehen ist, von dem Standpunkt aus. Zusammenfassend ist wohl recht gesagt, dass die Unorganisierten sittlich mit den Organisierten zu bewerten sind, nur fehlt den ersteren der Glaube... wenn es aber wirklich wahr sein sollte, dass die Gewerkschaftsführer die Auffassung haben, auf Grund höherer sittlicher Triebe und auf Grund des einen Drittels der Unorganisierten über die andern zwei Drittel minder sittlichen Leute zu regieren das Recht haben, dann haben dieselben in der Staats eine Ohrfeige verfehlt von schwerer Nachwirkung.“

Aus diesen Worten spricht neben anderm eine Ueberheblichkeit, die wir lächelnd zur Kenntnis nehmen. Es ist gemeinlich der öffentlichen Meinung geworden, dass die Arbeiterbewegung, die so mächtig und nachhaltig den letzten 50 Jahren über den Erdball brauste, die große Masse aus dem Nichts der alltäglichen Niederung aus zum Lichte der eigenen Erkenntnis brachte. Der Gewerkschaftsführer Karl Legien hat einmal die scharfe Feststellung gemacht, dass die Gewerkschaften die Arbeiter in wenigen Jahrzehnten aus ungeschulten Arbeitstieren zu wollenden und wissenden Staatsbürgern gemacht haben. Im Kriege und danach hat man den herrschenden Gewalten Deutschlands sehr rasch hergeholfen, welche sittlichen Werte in dem organisierten Arbeiterstande steckt. Und als 1918 die Herrschaft der angeseheneren Jahrzehnte in Schall und Rauch aufging, da trat als alleiniges Kraftzentrum die organisierte Arbeiterbewegung auf. Die Stinnes und Genossen, also die Freunde der „Bergwerks-Zeitung“, entfanden sich rasch dieses Faktums und schlugen vor, halbpakt zu machen. Den Unorganisierten trat die organisatorische Kraft der Arbeiterbewegung als ein Zauber vor die Augen. Deshalb der Zutritt zu den Gewerkschaften. Alles Dinge, die noch lebend in Erinnerung sind, doch bei vielen schon dem Gedächtnis entschwunden zu sein scheinen.

Es wäre ein Anschauungsunterricht von gewaltiger Wirkung, wenn einer großen Anzahl von Arbeitern Angehörigen einmal die Möglichkeit geboten würde, an der Sitzung des Reichswirtschaftsrates oder des Enquete-Kommissionen teilzunehmen. Hier in den Versuchslaboratorien der Wirtschaftsdemokratie, wo Arbeitervertreter den Mächtern der Industrie, der Banken und des Verkehrs gegenüber sitzen, die Herren den Pulsschlag der neuen Zeit, das geistlose Geschwätz oder „wirtschaftsfriedliche“ Umschlagerei haben in diesen Räumen keine Stätte. Entscheidet Wissen und Können. Es ist eine Freude, selbst nur mit Volksschulkenntnis ausgestatteten Arbeiterführer mit den gelehrten Syndikats- und gerissenen Gewerkschaftsführern debattieren zu hören. Aber letzten Endes entscheidet die organisatorische Macht, die wie ein überbares Etwas hinter den Verhandlern der Arbeiter steht. Die Unorganisierten, die sich selbst außerhalb

jeder Machtentfaltung stellen, oder sich dem Unternehmerklüngel an die Rockschöße hängen, schalten im modernen Gesellschaftsleben, wo Organisation und Macht entscheiden, vollkommen aus.

Beiläufig ist in den oben wiedergegebenen Auslassungen ein Eingeständnis von großem Wert enthalten, nämlich, dass den Unorganisierten der Glaube fehle. Darauf kommt es an. Der Glaube an die eigene Wertschätzung, die Zuversicht in die eigene Kraft, das Erkennen der eigenen Persönlichkeit, das ist es, was die Arbeiterbewegung groß und stark gemacht hat. Es ist eine wahrhaft erhabene Idee, dass jene große Masse der Menschen, die in den Fabriken, Werkstätten und Bureaus zusammengepackt ist, erkannt hat, dass im Zeitalter der Organisationen auch nur organisatorische Machtmittel von entscheidender Bedeutung sind. Den Unorganisierten fehlt dieser Glaube. Ihnen fehlt die Einsicht über die gesellschaftlichen Zusammenhänge.

Wir wollen davon absehen, den sittlichen Wert der Arbeiterbewegung noch besonders zu unterstreichen. Bereits vor 25 Jahren hat der dänische Sozialpolitiker Professor Höfding in seiner „Ethik“ über die Gewerkschaftsbewegung folgendermaßen geurteilt: „Erst durch die Gewerkschaften ist die bürgerliche Selbstständigkeit der Arbeiter anerkannt, und für den einzelnen ist die Erziehung durch die Organisation von großer Bedeutung dadurch, dass sie sein Pflichtgefühl, seine Lässigkeit und seine Zusammengehörigkeit mit andern entwickelt. Es wird sozusagen eine ethische Sphäre um ihn gebildet, es entsteht eine große Familie, als deren Glied er sich fühlt. Er lernt seine eigenen Interessen den gemeinschaftlichen unterordnen. Er fühlt sich solidarisch mit seinen Fachgenossen und mit andern Arbeitern, ja mit den Arbeitern anderer Länder. Sein Horizont erweitert sich; er bekommt die Fähigkeit, sich größere Ziele zu stellen, und er wächst durch das Verhältnis zu diesen größeren Zielen.“

Es ist kein Wunder, dass ausgerechnet die „Bergwerks-Zeitung“ diese Aeusserungen einer gelben Seele zum Ausdruck bringt. Gleiche Brüder — gleiche Kappen. Die angebliche Antwort jener Bochumer Arbeiter paßt zu dem Standpunkt der arbeitseindlichen Schwerindustrie wie die Faust aufs Auge. Solche Kreaturen wünscht man sich. Aber es wäre ein Unglück für die deutsche Arbeiterklasse, für die deutsche Wirtschaft und für die gesamte Kultur, wenn solche Anschauungen Allgemeingut der Arbeiter würden. Die Welt ist noch nie durch charakterlose Elemente vorwärtsgerückt worden. Stets waren es innerlich gefestigte und von ihrer eigenen Idee durchdrungene Menschen, die im langen Lauf der Geschichte als Bannerträger der Kultur gewirkt haben. Und so wird es wohl auch bleiben trotz allem Gegeine der Unternehmer und ihrer Söldlinge.

Um den Religionsunterricht in der Berufsschule.

Es ist bezeichnend für den Geist der beiden in Deutschland maßgebenden christlichen Kirchen, daß sie bei dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe den Antrag stellten, den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach einzuführen. Der deutsche Industrie- und Handelskongress ersuchte die Industrie- und Handelskammer zu Köln, auf Veranlassung des Handelsministers, um ein Gutachten. Diese befaßte sich in ihrer Vollversammlung am 23. Mai mit diesem Antrag und kam zu folgendem Gutachten:

1. Der Religionsunterricht kann nicht durch Kürzung der für den Fachunterricht jetzt zur Verfügung stehenden Stunden gegeben werden, sondern würde eine Vermehrung dieser Stunden bedingen. Daraus ergibt sich eine Belastung der Arbeitgeber an Kosten und an Freigabe von Arbeitszeit, eine Belastung, die um so mehr empfunden werden wird, als denselben Anspruch wie die Kirche auch andere Weltanschauungsgemeinschaften erheben könnten. Ein Zwang zum Besuch kann nicht ausgeübt werden, weil es sich um religionsmündige junge Leute handelt, die nur auf Grund der Freiwilligkeit den Unterricht besuchen könnten. 2. Die Freiwilligkeit des Unterrichts wird seiner Durchführung mancherlei Schwierigkeiten bereiten und läßt deshalb auch die Einführung in den ordentlichen Lehrplan bedenklich erscheinen. 3. Eine wesentliche Schwierigkeit liegt in der Beurteilung und Durchführung auch darin, daß der Religionsunterricht nur zu Beginn oder am Ende der Unterrichtsstunden gegeben werden müßte, da sonst für die übrigen nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Schüler nutzlose Pausen entstünden. Hierin liegen auch recht große Schwierigkeiten der praktischen Durchführung. 4. Die Kammer ist der Auffassung, daß die Schwierigkeiten in der praktischen Durchführung wohl überwindbar sein könnten, daß aber die Mehrbelastung der Arbeitgeber an Kosten und Freigabe von Arbeitszeit einerseits und die grundsätzlichen Bedenken gegen die Einführung des Religionsunterrichts andererseits für die Ablehnung des Vorschlags den Ausschlag geben müßten.“

Da Köln der schwärzeste Ort Deutschlands ist, hat man gerade diese Kammer mit einem Gutachten betraut. Das Gutachten an sich bewegt sich einerseits und andererseits. Dennoch kommt es zur Ablehnung des Religionsunterrichts, wenn auch aus Gründen, die den Unternehmern besonders naheliegen. Immerhin ist der ablehnende Standpunkt der Industrie- und Handelskammer im deutschen Reich erfreulich. Es ist unnütz zu sagen, daß die freien Gewerkschaften sich mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß die im Ermerhalten stehende Jugend auch nach ihrer Schulentlassung mit Religion belästigt werden soll. Jeder mag nach seiner Religion selig werden. Aber Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Fortbildungsschulen, das wäre doch ein starker Hohn auf die deutsche Republik.

Berufsunfälle

Nachen. Beim Streichen der Decken in einem Treppenhause stürzten die Kollegen J. Pech und J. Grignard durch Rutschen der Leiter. Pech erlitt eine Quetschung des linken Oberschenkels, Grignard einen Gelenkbruch am rechten Arm und eine Stauchung der linken Hand, so daß er im Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

Berlin. Acht Maler abgestürzt, vier Tote, vier Schwerverletzte. Auf dem Gelände des Werkstättenneubaus der Reichsbahn, in der Nähe des Bahnhofes Niederschönneweide, Berlin, ereignete sich am 21. Juni ein furchtbares Einsturzungsglück. In der ungefähr 20 m hohen Halle des Neubaus werden gegenwärtig Malerarbeiten ausgeführt, die dem Unternehmer Vold aus der Türschmidtstraße 43 zu Rummelsburg übertragen worden sind. Um die Eisenkonstruktionsstelle an der Decke streichen zu können, mußten mehrere Hängegerüste angebracht werden, die von eisernen Haken getragen werden. Nach der Frühstückspause wollte eine aus acht Mann bestehende Malerkolonnie auf das Hängegerüst steigen. Raum hatte es der letzte Mann betreten, als das Gerüst ein laut vernehmbares Knacken gab. Der mittlere Haken brach in der Rundung, und ehe die Maler sich in Sicherheit bringen konnten, hatte sich das Gerüst ganz aus und stürzte mit seiner Last in die Tiefe. Unter großen Schwierigkeiten gelang es, die unter den Trümmern des Gerüsts liegenden Arbeiter aus ihrer entsetzlichen Lage zu befreien. Drei von ihnen hatten so schwere Verletzungen erlitten, daß sie bereits auf dem Wege in das Köpenicker Risikrankenhaus verstarben, ein vierter erlag seinen Verletzungen am Tage danach. Auch die Verletzungen der übrigen Verunglückten sind so schwerer Natur, daß an ihrem Auskommen gezweifelt werden muß. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks begaben sich Beamte der Reichsbahndirektion Berlin sowie Beamte der Kriminalpolizei an die Unfallstelle, um die notwendigen Feststellungen zu machen. Unverständlich ist es, wie uns mitgeteilt wird, daß bei diesem großen Hallenbau, der über 300 Arbeiter beschäftigt, Verbandmaterial nur in ungenügender Menge vorhanden war. Erst die herbeieilende Feuerwehr konnte den Schwerverletzten die erste sachgemäße Hilfe zuteil werden lassen.

Bekanntlich unterstehen die Eisenbahnwerkstätten nicht der Aufsichtigung durch die Baupolizei. Vielleicht hätte das Unglück verhindert werden können, wenn die Baupolizei zur Gerüstnahme verpflichtet wäre. Daß bei Ausführung derartiger Arbeiten ein besserer Gerüstbau als der auf der Arbeitsstelle befindliche erforderlich ist, steht außer Zweifel. Nur durch den Zwang der Gesetzgebung und durch Druck unserer Organisation zur Ausführung eines besseren Gerüstbaues können derartige Unglücksfälle vermieden werden.

Die Namen der verstorbenen Kollegen sind: Philipp, Ilge, Raddach und Dominik. Schwerverletzt sind: Kunze, Knüppel, Walter und Hinge.

Berlin. Ein anderer Unglücksfall aus der letzten Zeit sei noch vermerkt. — Von der Firma Grell werden Arbeiten im Ambi-Werk ausgeführt. In zirka 20 m Höhe wird von fahrbaren Gestellen aus die Eisenkonstruktion gefrichen. Ohne jede Sicherung turnen auf diesen Gestellen Kollegen mit Leiter und Farbtropf herum. — Auf die seit Jahren verrosteten Eisensparren werden Bretter geschoben, und von diesem wackligen Arbeitsplatz aus wird ohne jede Seitenstützung die Arbeit ausgeführt. Nach Fertigstellung einer Loge werden die Windbretter in schwindelnder Höhe zum nächsten Sparren geschoben und die Akrobatenarbeit beginnt von vorn. Daß bei dieser Prozedur nur ein Kollege sich nach einem Sturz aus vorgenannter Höhe zwei Weibrüche und eine Rückgratverletzung zuzog, kann als „Glücksfall“ gebucht werden.

Die zur Unterbindung dieser, mit Lebensgefahr verbundenen Arbeit angerufene Baupolizei erschien bisher nicht.

Dreslau. Tödlicher Bauunfall. In dem Erweiterungsbaue der Technischen Hochschule stürzte am Montag nachmittag der mit dem Deckenstrich beschäftigte Maler Alois Krause beim Abstieg vom Deckengerüst ab, schlug auf den 8 Meter tiefer liegenden Zementfußboden und erlitt einen Schädelbruch, an dem er nach Einlieferung in die Klinik verschied.

Der Unfall ist auf die primitive Aufstiegsmöglichkeit zurückzuführen, die den Vorschriften nicht entsprach und über die Rüstung nicht hinwegragte. K. hatte beim Abstieg Halt an einem Rundholz gesucht, das die Gerüstdeckung trug und an der Abstiegstelle über die Abdeckung hinausragte; dieses Rundholz war nicht verklammert, gab nach und K. stürzte in die Tiefe. Eine Besichtigung des Gerüsts hat ergeben, daß es auch sonst den Anforderungen nicht entsprach. Die Bretter der Abdeckung lagen fußbreit auseinander, stellenweise mit solchen Lücken, daß ein Betreten ohne zu arbeiten schon lebensgefährlich erschien. Solche Gerüste zu stellen zeugt von der wenigen Verantwortlichkeit der Unternehmer ihrer Arbeiterschaft gegenüber. Allen Kollegen sei gesagt: Wenn Mängel an Gerüsten festgestellt werden, dann verständlich sofort Euren Arbeitgeber davon; hilft dies nichts, dann den Verband der Maler, Margaretenstraße 17, der dann versuchen wird, zu verhindern, daß erst kostbares Menschenleben zugrunde gehen muß, ehe Uebelstände abgestellt werden. Eine schärfere Kontrolle durch die Baupolizei wäre ebenfalls am Platze.

Friedberg. Am 10. Juni, nachmittags 2 Uhr, ereignete sich hier ein schwerer Unfall mit tödlichem Ausgang. Kollege Johannes D e b e r, Unterkassierer der Zahlstelle Roshbach, war mit dem Streichen der Zinkblechverdachung über einer Tür beschäftigt. Dies geschah von der letzten Rüstung aus, die sich 2,55 Meter über dem Bürgersteig befand. Von hier aus muß der Kollege abgestürzt sein, denn ein Kollege, der einen dumpfen Schlag hörte und dorthin eilte, fand ihn aus Mund und Nase blutend auf dem Bürgersteig liegend. Troh dem der Arzt schnellstens zur Stelle war und die Ueberführung ins Krankenhaus veranlaßte, erlag der Kollege um 4 Uhr einem schweren Schädelbruch.

Magdeburg. Am 11. Mai dieses Jahres stürzten bei Anstricharbeiten in der neuerbauten Regelhalle 2 Kollegen und ein Lehrling aus 6½ Meter Höhe ab. Beide Kollegen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Während der Lehrling mit einer blutenden Nase davonkam, erlitt ein unorganisierter Kollege einen Armbruch und unser langorganisierter Kollege Wuttig einen Beckenbruch. Nach Angabe des Kollegen geschah der Unfall durch Brechen eines schadhafte Brettes der Rüstung, die vom Meister und den Lehrlingen aufgestellt war. Allen Kollegen sollte ein derartiger Fall eine Mahnung sein, damit sie nicht ihre Gesundheit infolge von nicht angebrachter Sparmaßnahme

mußten 5 Stecknadeln bezahlen, kamen aber auch so an, wenn sie keine hatten. Das Stück nahm dann im Anfang, nahm aber keineswegs einen glatten Verlauf. Denn die Regisseure hinter der Szene, die die Figuren erten und den Text herfragten, gerieten bald in Meinungsverschiedenheiten und fingen Streit miteinander an. Oder es fiel eine Figur um und mußte von oben mit Leder hervorgeholt werden, was bei den Zuschauern höhnischen Jubel auslöste; es war eine Figur nicht eilig aufgetreten, oder es passierte sonst etwas. Die anner riefen den Spielleitern dann Ratsschläge zu, diese orteien aus ihrem Versteck heraus, und das Stück e unterbrochen, bis der Schaden behoben war, die en wieder zu fangen und die Stimmen wieder zu mieren begannen. Gerade hierbei zeigte es sich aber, illig die Phantastie der Kinder ist. Die Störungen en die Illusionen nicht verderben. Wenn die Puppen an ihren Schnüren hin- und herpendelten und Rede egenrede weitergingen, waren alle gleich wieder in der Illusion. Shakespeares Worte aus dem mernachtsraum“ wurden zur Wahrheit: „Das Beste er Art ist nur Schaffenspiel und das Schlechteste nicht er, wenn die Einbildungskraft nachhinkt.“

ald schwoll den Knaben der Kamm. Sie wollten als e Schauspieler auftreten. Da sie nichts Besseres n, wählten sie zur Aufführung einen jener Texte für nspiele und gerieten an eine greuliche und dumme ie des Hamlet. Der vielversprechende Titel lautete: s Hammelfest und Prinzessin Pumphelia“. Es kam answurft in dem Stück vor, der das große Wort der Königin, die Königin, der Prinz, die Prinzessin er Geist. Den Geist spielte Johann mit Hilfe eines ens. Zwei Cousinen mußten die Frauenrollen hmen. Hanswürst erschien und rief den Prinzen. erschien mit den Worten: „Was störst du mich in Liebe Rosen?“ Wurde von Kaspar aber belehrt, n Stiefvater ein Schuft sei. Das Stück nahm nun nd bündig seinen Fortgang. Am Ende lagen alle en außer Kaspar tot da. Nur die Königin war noch Da hielt Hanswürst ihr ein Büschel Gras hin: Königin, beißen sie bitte ins Gras!“ Und auch die n fiel tot hin. Dann sprach Kaspar den Epilog und die Zuschauer.

und Gewinnsucht aufs Spiel setzen. Derselbe Meister ist nun der Ansicht, nach dem Ausscheiden der Kollegen seine Lehrlinge 12 bis 14 Stunden beschäftigen zu können. Auf ihre Weigerung wurden sie entlassen und erst der Schlichtungsausschuss mußte das Lehrverhältnis wieder herstellen. Nachdem dem Herrn klargemacht worden war, daß auch für Lehrlinge die tariflich festgesetzte Arbeitszeit zu gelten hat, fühlt er sich in seinen Machtbefugnissen gehemmt und will die ordentlichen Gerichte anrufen. Da gerade die Ueberbeschäftigung in diesem Jahre am Orte außerordentlich überhand nimmt, hat es sich die Zahlstellenleitung angelegen sein lassen, ernstlich dagegen einzuschreiten und diesbezügliche Schritte unternommen.

Genossenschaftliches

Die Volksfürsorge im Mai 1927. Die günstige Fortentwicklung der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, hat auch im Monat Mai angehalten. Es wurden dem Hauptbureau in Hamburg 32 002 neue Versicherungsanträge mit 62 329 M Monatsprämie und 15 051 373 M Versicherungssumme eingereicht. Insgesamt sind in den ersten 5 Monaten dieses Jahres über 150 000 neue Versicherungen abgeschlossen worden. Die Aufgabenorganisation der Volksfürsorge ist gegenwärtig so eingestellt, daß mindestens 30 000 Neuanträge monatlich getätigt werden. Die Volksfürsorge hofft, in nächster Zeit ihr Neugeschäft noch mehr steigern zu können. Im gleichen Monat wurden an die Hinterbliebenen von verstorbenen Versicherten zirka 90 000 M an Sterbegelder ausgezahlt. Seit November 1923 (Beendigung der Inflation) kamen rund 2 350 000 M zur Auszahlung. Nähere Auskunft über die Volksfürsorge und ihre Versicherungen erteilen die bekannten Rechnungsstellen oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59.

Sozialpolitisches

Diskonterhöhung der Reichsbank. Die Deutsche Reichsbank hat am 10. Juni ihren Diskontsatz von 5 auf 6 % erhöht. Diese Maßnahme kann für die Wirtschaft von außerordentlicher Wirkung sein. Der Beleihungssatz der Reichsbank ist maßgebend für die gesamten Geldverhältnisse der Wirtschaft. Die Soll- und Haben-Zinsen der Banken sind darauf eingestellt und die Zinsverhältnisse im allgemeinen fußen in der Regel auf dem Diskontsatz der Notenbank. Die Reichsbank sah sich nach ihren Angaben zu der Maßnahme gezwungen, weil sie der bisherigen Entwicklung nicht mehr untätig zusehen konnte. War noch vor einigen Monaten die Beanspruchung der Reichsbank sehr gering, so wurde in letzter Zeit immer mehr auf sie zurückgegriffen. Die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten stieg von 2004 Millionen Mark Ende 1926 auf 2586 Millionen Mark Ende Mai 1927. Zu gleicher Zeit fand ein nicht geringer Abfluß von Devisen statt. Der gesamte Devisenbesitz der Reichsbank hat seit Jahresbeginn um rund 1 Milliarde abgenommen. Dagegen hat sich der Umlauf der Reichsbanknoten wenig verändert. Die Deckungsverhältnisse innerhalb der Reichsbank haben sich also verschlechtert. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen dieser Diskonterhöhungen können für die Konjunktur sehr gefährlich werden. Die aufsteigende Konjunktur kann eine Unterbrechung erfahren, weil die Wirtschaft mit verfeuertem Kredit zu rechnen hat. Es scheint auch ausgeschlossen, daß neu hereinströmende Auslandsgelder die ungünstigen Wirkungen der Diskonterhöhung zu mildern in der Lage sind. Bei alledem muß zugegeben werden, daß die Reichsbank ihre Herrschaft über den Geldmarkt nicht verlieren darf. Das natürliche Mittel, den Geldmarkt zu beherrschen, ist die Handhabung des Diskontsatzes. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, der Reichsbankpräsident hätte schon vor einem Monat zu dieser Maßnahme gegriffen. Dann wären wahrscheinlich die Störungen an der Börse vermieden worden und die übersteigerte Börsenkurse hätten dennoch einen Rückgang erfahren.

Die Zahl der Sozialrentner und der sonstigen Hilfsbedürftigen. Bisher konnte man sich mangels einer umfassenden Statistik kein zuverlässiges Bild davon machen, wie hoch sich die Zahl der Sozialrentner und der von der Fürsorge unterstützten anderen Hilfsbedürftigen stellt. Erst Anfang April dieses Jahres wurden Fragebogen ausgegeben, um auf Grund der Antworten eine Reichsstatistik aufstellen zu können. Vorläufig stehen also nur Schätzungen zur Verfügung. Ueber die Zahl der Sozialrentner ist eine preussische Statistik für das Jahr 1925 vorhanden. Wenn man die Ergebnisse dieser Statistik auf das Reich überträgt, so ergibt sich für die Sozialrentner die Zahl von 1 058 200 Personen. Davon sind:

Alters- und Invalidenrentner und Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung	486 200
Witwenrenten	79 500
Waisenrenten	108 900
Kleinrentner und Angehörige	383 600

Die Zahl der sonstigen Hilfsbedürftigen, die von den Bezirksfürsorgeverbänden usw. versorgt werden, ist, wenn man für die Schätzung die Ergebnisse einer Statistik des Städtetages für Städte mit über 25 000 Einwohnern verwendet, ebenso hoch wie die der Sozial- und Kleinrentner. Das heißt, es werden von der Fürsorgefähigkeit mehr als 2 Millionen Personen erfasst. Die Zahl der von der Reichsverwaltung erfassten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen beträgt fast 2 1/2 Millionen Personen. Zählt man noch die gegenwärtig etwa 1 1/2 Millionen betragenden arbeitslosen Hauptunterstützungsempfänger und Krisenunterstützten hinzu, so ergibt sich daraus die Zahl von 5 1/2 Millionen Personen, die heute auf eine staatliche Fürsorge angewiesen sind.

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mittellungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

Mehr Ueberstunden — erhöhte Unfallziffern. Im preussischen Steinkohlenbergbau ist die Zahl der Unfälle im Jahre 1926 gegenüber dem Vorjahre auf etwa der gleichen Höhe geblieben. Indessen stieg sie innerhalb des Jahres in sehr beträchtlichem Maße: im dritten Quartal betrug die Steigerung der Unfallziffer 40 Prozent. Wie Oberberggraf Dr. Ebel im „Reichsarbeitsblatt“ darstellt, ist es angesichts der Ueber- und Nebenschichten im dritten Quartal — wo die Kohlenkonjunktur infolge des englischen Kohlenarbeiterstreiks einen großen Aufschwung erfuhr — klar, daß die Gefahr mit der Länge der Beschäftigung wachsen mußte. Das Gefahrenmoment — so schreibt Dr. Ebel — wächst mit der Länge der Arbeitszeit. In gleicher Richtung wirkte die vermehrte Einstellung von Arbeitern, die mit der Eigenart des Betriebes weniger vertraut waren. Die Untertagearbeiter waren an der Unfallsteigerung am stärksten beteiligt. Die Verschlechterung der Lagerungsverhältnisse, insbesondere aber die stärkere Anspannung des Betriebes, hat ebenfalls zur Steigerung der Unfallziffer beigetragen. Im letzten Quartal ist dann mit dem Abnehmen der Ueber- und Nebenschichten eine gewisse Steifigkeit der an sich noch sehr hohen Unfallziffern eingetreten.

Das Brot wächst schneller als die Menschen. In der deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft sprach kürzlich Professor Dr. Julius Hirsch über die „Neuen Grundlinien des wirtschaftlichen Weltens“. Der Redner ging ausführlich auf die wirtschaftlichen Grundlagen der Gegenwart ein. Vor allem ist das von Malthus entwickelte Gesetz, wonach der Nahrungsmittelpielraum nur eine gewisse Anzahl von Menschen zulasse, durch die moderne Entwicklung überholt. Einst wuchs der Mensch schneller als das Brot, heute wächst das Brot schneller als die Zahl der Menschen. Professor Hirsch sieht diese entscheidende Entwicklung in der Abnahme der Geburtenzahlen und in der raschen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität. Von wesentlicher Bedeutung ist die Entwicklung der Industrie zur Erzeugung künstlichen Stickstoffes. Dadurch wird der Bedarf an Nährland verringert und demnach ergeben sich größere Ernährungsmöglichkeiten. Der seit Jahrtausenden bestehende Landhunger hat sich also in Landflucht verwandelt. Der Kampf in der Weltpolitik richtet sich heute nicht mehr nach den alten Grundgesetzen des Imperialismus um mehr Boden, sondern um die seltenen Rohstoffe und Kraftquellen. In der modernen wirtschaftlichen Struktur tritt an die Stelle des Besitzes von Vermögensstücken immer mehr die Verfügungsmacht über Unternehmen und Wirtschaftskräfte. Der einzelne Betrieb wird durch die Großunternehmung verdrängt, die eine Vielzahl von Betrieben umfaßt und die deren leitenden Personen eine kolossale Kraft verleiht. Das große Wirtschaftsproblem von heute ist noch immer die N u h b a r m a c h u n g der eigenen Arbeitskraft. Deutschland verliert durch Arbeitslosigkeit 5 Milliarden Volkseinkommen. Der Wirkungsgrad der menschlichen Arbeit führt zu steigendem Ertrage. Deshalb muß die Umschaltung im Wirtschaftsprozess so geschehen, daß die arbeitenden Massen den Nutzen nicht später fühlen als das Leid aus ihrer Wirkung. Recht klare und verständliche Worte, von denen man nur wünschen möchte, daß auch das deutsche Unternehmertum etwas von ihnen in sich aufnimmt.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene wird ihre diesjährige Jahreshauptversammlung am 30. September und 1. Oktober in Hamburg abhalten. Am ersten Verhandlungstage wird gemeinsam mit der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft über das Thema „Die Bedeutung der Beleuchtung für Gesundheit und Leistungsfähigkeit“ beraten. Der Vortragsteil behandelt das Thema in fünf größeren Referaten. Am zweiten Verhandlungstage werden die Fragen der Hygiene der Hafen- und Werftarbeit und der Arbeit des Heizpersonals auf Schiffen besprochen. Außerdem bringt der zweite Verhandlungstag eine größere Anzahl kurzer Berichte, die den Teilnehmern der Jahreshauptversammlung eine Uebersicht über die wich-

tigsten neueren Arbeiten auf gewerbe-hygienehem Gebiet vermitteln. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt/Main, Viktoria-Allee 9.

Berichtliches

Die Autostraße Hamburg—Frankfurt—Basel. Auf der Internationalen Automobilausstellung in Köln wird das größte Projekt der Autostraße Hamburg (Bremen)—Frankfurt—Basel gezeigt. Die 888,55 km lange Strecke ist in vier Bauabschnitte eingeteilt. Die Gesamtbreite der Straße soll 9 bis 12 m betragen. Der kleinste Kurvenradius beträgt rund 500 m. Die Baukosten sollen im Gesamtbetrag für die ganze Linie je Kilometer 289 400 M betragen. Mit hin würde die Herstellung der gesamten Straße rund 155 Millionen Mark kosten. Es besteht die Hoffnung, daß Teilstrecken dieser ersten längeren Autostraße bald in Angriff genommen werden.

Fachtechnisches

Eine Ausstellung „Farbe im Raum und in der Straße“ findet anlässlich der 8. Tagung des Niedersächsischen Malerbundes in der Zeit vom 25. Juni bis 10. Juli dieses Jahres in Hildesheim statt. Ein besonderes Gepräge erhält die Ausstellung durch die Bemalung von alten Wohnhäusern in einem ganzen Straßenzug, wodurch dem Beschauer ein einheitliches farbiges Straßenbild vor Augen geführt wird. Die Stadtverwaltung hat durch Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Erlangung von Entwürfen hierfür wesentlich zur Förderung der beruflichen Interessen des Malerwesens beigetragen. Hildesheim ist überhaupt in den letzten Jahren bestrebt gewesen, die Schönheit seiner alten Holzhäuser durch farbige Belebung besonders hervorzuheben.

Literarisches

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V. Berlin-Charlottenburg, Berlinerstraße 1. Die Juni-Nummer ist der sozialhygienischen Aufklärung auf dem Lande gewidmet. Die „Gesundheit“ bringt u. a. einen Artikel über „Kindererholung in ländlicher Familienpflege“, ferner: „Bedeutung des Mundputzes für die Bekämpfung der Infektionskrankheiten“ von Prof. Dr. Alfred Wiewandowski; „Bestrahlung von Nahrungsmitteln“ von Dr. Wilmund; „Mühschwere des kleinen Kindes“ von E. Rabner; „Sport und Sport“ von Paul Baumgarten; „Die Fliegenplage“; „andere“; Die „Gesundheit“ wird an den Schaltern der Krankenkassen jedem Versicherten unentgeltlich ausgehändigt. „Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialpolitische Arbeit in Stadt und Land. Sie ist unentgeltlich für alle in den Gemeinden wirkenden Genossen und Genossinnen und kann in Briefe von monatlich 9 M durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag J. G. W. Debes Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, bezogen werden.

Der „Wahre Jacob“, der ab 1. Juli dieses Jahres 1927 im Verlag J. G. W. Debes neu herausgegeben wird, erste Nummer erscheint am 9. Juli, hat in der Weltliteratur Deutschlands eine überaus bedeutsame Rolle gespielt. Sein Gründer Heinrich Diez verstand es, aus dem „Wahren Jacob“ eine Zeitschrift zu machen, die die Weltliteratur Deutschlands weit weg von der Seite des wertlosen, ringenden Volkes geführt hatte, eine Zeitschrift zu machen, die sofort zum Herzen des Volkes sprach. Karikaturen-Revuen der großen Weltliteratur, die in der Wissenschaft und kulturkritischen Karikaturen des „Wahren Jacob“ als Meinungsäußerungen des „ahren Deutschland“ besondere Beachtung. Die „Auslagenblätter“ sind ersichtlich; als um Jahrhundertwende das zweite Hunderttausend weit über den Wert, konnte Heinrich Diez mit Genugtuung konstatieren, der „Wahre Jacob“ eine Auflage erreicht habe, wie sie nur mit einiger Ausnahme des Londoner „Punch“ — kein anderes Weltblatt erreicht hatte. Die Errungnisse des „Wahren Jacob“ kamen dem immer großartiger sich gestaltenden Aufbruch der wissenschaftlichen Literatur der Sozialdemokratie im Krieg und Inflation jedoch führten zu einer zeitweiligen Einstellung des Blattes. Wenn jetzt der „Wahre Jacob“, getreu den kulturellen Richtlinien seines Begründers, entsprechend den Verhältnissen von 1927 im 40. Jahrgang wieder ins Leben getreten wird, schnellig in der Satire, strotzt im Humor, in der unübertrefflichen Ausstattung gemäß dem Grundgedanken, daß das Beste gerade Genug ist für die Arbeiterklasse, hervorragt und erweist so wird er, an Stelle von „Lachen und Tränen“, die Sympathie aller derer für sich haben, die den Wert der politischen Begriffe haben und die das Leben in erster Zeit nicht zu lernen gewillt sind.

Bereinstell

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Fragebogen zur statistischen Erhebung über Berufs-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe sind zum größten Teil bei uns eingegangen. Eine Anzahl von Filialen stehen aber noch aus. Da mit der Bearbeitung des gesammelten Materials demnächst begonnen werden muß, werden die in den kommenden Filialen ersucht, das Einmessen der persönlichen Fragebogen zu beschleunigen und uns diese mit ausgefüllten Ortsfragebogen möglichst bald einzusenden.

Sterbefall.

Darmstadt. Im Alter von 25 Jahren starb nach kurzem schwerem Leiden der Kollege Peter K ö l l e r in Eberfeld. (Zahlstelle Barmen.) Am 20. Juni nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kollege Hermann Handriska im Alter von 51 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Wegen Todesfalls

gutgehendes Malergeschäft in Halle a. d. S. preiswert zu kaufen. Offerten unter A. S. 1890 postlagernd Halle a. S.